

1 Wahlprogramm 2011 – Stadtentwicklung **DIE LINKE.**

2 Änderung+Überarbeitung 26.09.'10, Claudia Bernhardt und Gerd Arndt; weitere Überarbeitung 21. 10. ,10

3 **Für einen nachhaltigen, ökologischen und sozialen Stadtumbau**

4 Bremen hat viele Voraussetzungen für eine nachhaltige ökologische Stadtentwicklung. Im
5 Vergleich mit anderen Städten der gleichen Größenordnung erscheint Bremen idyllisch –
6 mit gewachsenen Stadtvierteln, mit kurzen Wegen ins Grüne, mit gewachsenen Straßen-
7 zügen, die Nachbarschaft und Urbanität verheißen.

8 Jedoch wurden die Potenziale von Bremen und Bremerhaven für eine soziale und ökolo-
9 gisch verträgliche Stadtentwicklung jahrelang im wahrsten Sinne des Wortes zubetoniert.
10 Gewerbeparks am Stadtrand, Großwohnprojekte, Konsum- und Bürozentren haben die
11 soziale und funktionale Entmischung der Stadt begünstigt und eine Verödung vieler Stadt-
12 teile bewirkt.

13 DIE LINKE lehnt eine Politik ab, bei der künstliche „Konsumtempel“ soziale Kommunikati-
14 onsräume ersetzen. Bei der Flächenfraß und Ausdehnung die notwendige Verdichtung
15 und nach innen wirkende Belebung der Stadtteile ersetzen. Qualität darf nicht durch Quan-
16 tität ersetzt werden. Um der sozialen Verödung ganzer Stadtteile entgegen zu wirken, tritt
17 DIE LINKE konsequent für die Förderung und Einrichtung öffentlicher Treffpunkte für Bil-
18 dung und Freizeitgestaltung (z.B. Spielplätze, Jugendtreffs, multifunktionale Räume) ein.
19 Ziel ist hierbei im größeren Zusammenhang die Aufhebung von Isolation, die Förderung
20 von Kommunikationsfähigkeit und selbstbestimmtem, eigenständigem Handeln.

21 Der Bremer Camping-Platz samt angrenzender „Uniwildnis“ darf nicht einem fragwürdigen
22 aufgeblähten Touristikprojekt (City-Resort) geopfert werden. Die ehemals landschaftsge-
23 schützte Achterdiecklandschaft oder die Marschengebiete von Mahndorf und Arbergen,
24 ehemals Grün- bzw. landwirtschaftlich genutzte Flächen (um nur einige Beispiele zu nen-
25 nen) dürfen nicht weiter einer Betonpolitik weichen müssen, die dem Gedanken der öko-
26 logischen Nachhaltigkeit Hohn spricht. Wir fordern daher den konsequenten Baustopp in
27 den Marschen von Arbergen und Mahndorf.

28 DIE LINKE lehnt die Zentralisierung von Dienstleistungen ab, bzw. fordert deren Rück-
29 nahme. Keine weiteren Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“, sie untergraben urbanes
30 und stadtteilbezogenes Leben. Als Folge veröden ganze Stadtviertel im Zuge der zuneh-
31 menden funktionalen Entmischung.

32 Der zunehmenden Spaltung der Stadt muss energischer entgegengetreten werden. Neue,
33 schicke Quartiere - Stadtvillen am Werdersee - werden für gutbetuchte Mittelständler er-
34 schlossen, während Arbeitslose, Hartz IV-Empfängerinnen und Migrantinnen in Wohnge-
35 biete abgeschoben werden, die zu verslumen drohen. So wird die Schere zwischen Arm
36 und Reich immer sichtbarer.

37 Die Linke hat sich immer explizit gegen wirtschaftlich und ökologisch unsinnige Großpro-
38 jekte ausgesprochen. Sie unterstützt daher den Kampf der Umwelt- und Flächenschutzzini-
39 tiativen gegen Flächenfraß und Betonpolitik. Wir stehen ein für eine Stadtentwicklungspo-
40 litik mit *qualitativen Anforderungen*, bei der alle Bürgerinnen und Bürger Bremens und alle
41 gesellschaftlichen Gruppen entscheidend mit beteiligt sind.

42 Bremen wird von seinen Bewohnerinnen und Bewohnern wegen seiner Überschaubarkeit,
43 der schönen Innenstadt, seiner Lage am Wasser und seiner grünen Naherholungsgebiete
44 geschätzt. Diese Potenziale gilt es zu erhalten und auszubauen!

45

46 **Die Stadt gehört allen – Vorstellungen für ein gemeinschaftliches Leben!**

47 Allen städtebaulichen Planungen ist der Maßstab des Menschlichen zugrunde zu legen!
48 Linke Kommunalpolitik will nicht „das Beste für die Menschen“, sondern jede Entschei-
49 dung ist partnerschaftlich **mit** der Gesellschaft zu treffen und umzusetzen. Unsere Kom-
50 munalpolitik orientiert sich konsequent am Leitbild der Bürgergesellschaft und Bürger-
51 kommune. Jede kommunalpolitische Entscheidung muss dem Grundsatz sozialer Gerech-
52 tigkeit Stand halten, also vor allem, ob und wie für alle Menschen in dieser Gesellschaft
53 Chancengleichheit, Würde und ein Standard an sozialer Sicherheit gegeben sind.

54 DIE LINKE tritt für gesetzliche und systemische Maßnahmen ein, die der Schaffung und
55 Aufrechterhaltung eines sozialen Netzes dienen. Dies ist ein wichtiger Ausdruck humaner
56 und ethischer Werte wie Gerechtigkeit und Fairness - tragende Säulen einer erfolgreichen
57 sozialen Ordnung. Wir lehnen daher ein Gesellschaftsmodell ab, in dem kein anderes
58 Maß für Werte Anerkennung findet, als der Geldwert. Eine bloße Orientierung auf die
59 Leistungsfähigkeit, also die Fähigkeit, Profit und Wohlstand zu maximieren, darf nicht al-
60 leiniger Maßstab für den Wert eines Menschen sein. Wir streben eine Gesellschaft an, in
61 der alle Menschen gegenseitig ihre Individualität achten, sie als Bereicherung der Bürger-
62 gemeinschaft betrachten. So geben sie ihre Kreativität und ihre Fähigkeiten durch einen
63 demokratisch gestalteten Prozess an die Gemeinschaft zurück.

64 Stadtentwicklung ist in erster Linie ein qualitativer– kein quantitativer Prozess. Er lässt
65 sich nicht an der Zahl abzureißender oder zu erhaltender Wohnungsbestände messen.
66 Eine Stadt muss in sich selbst funktionieren. Sie ist ein komplexer, die gesamte Kommune
67 fordernder und sich ständig ändernder Prozess. Nachhaltige Stadtentwicklung gelingt nur
68 dann, wenn wir uns von dem althergebrachten Gedanken lösen, Stadtentwicklung er-
69 schöpfe sich darin, Häuser und Straßen zu bauen. Es kommt vielmehr darauf an, mit den
70 Menschen eine Stadt der Zukunft zu errichten, in der wir eine Identität entwickeln können
71 für uns und für unsere Gemeinschaft.

72 Der soziale Ausgleich ist Grundvoraussetzung für friedliche Konfliktlösungen der Men-
73 schen untereinander. Er muss das Entstehen benachteiligter und „abgehängter“ Stadtge-
74 biete verhindern. Die Stadt ist Zentrum von Arbeit und Wissen, Standort für Wirtschaftsunter-
75 nehmen aller Größen, zentraler Verbände und Vereinigungen, von weiterführenden
76 Bildungseinrichtungen wie Hochschulen und Universität oder Forschungseinrichtungen.
77 Alle sind miteinander auf ein urbanes Umfeld angewiesen. Die kulturelle Prägung der
78 Stadt ist durch ihre Vielfalt lokaler, kultureller und künstlerischer Initiativen gekennzeich-
79 net. Diese Vielfalt und Qualität lokaler und kultureller Aktivitäten ist der Nährboden aller
80 gesellschaftlichen Entwicklungen der Stadt.

81 Für die Ausbildung urbaner Lebensstile ist die Stadt von herausragender Bedeutung. Sie
82 muss attraktiv sein für alle sozialen Gruppen, insbesondere für junge Menschen. Sie ist
83 der Ort der Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements der Menschen, gelebter
84 Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie sozialer und gesellschaftlicher Innova-
85 tion. Die Stadt muss ein anpassungsfähiger Raum sein.

86 DIE LINKE fordert Teilhabe für alle – Integration ist keine Einbahnstraße! DIE LINKE ist
87 gegen jede Form von Ausgrenzung, sie unterstützt daher eine Stadtentwicklungspolitik für
88 alle Menschen dieser Stadt - unabhängig von ihrer Nationalität, der Herkunft, der unter-
89 schiedlichen sozialen Stellung, ihrer Religion oder ihrem Alter -, die es ihnen ermöglicht,
90 in ihrem Stadtteil zusammenzuleben, zu arbeiten sowie an Einrichtungen und Angeboten
91 zu Bildung und Ausbildung, zu Sport und Freizeitgestaltung, zu Kultur und gegenseitigem
92 Austausch teilnehmen zu können.

93 DIE LINKE tritt daher für eine umfassende ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik ein. Das
94 heißt, Stadtentwicklung ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, sie berührt sämtliche Be-
95 reiche von politischen Entscheidungen, von Haushalt und Finanzen, also wirtschaftspoliti-
96 sche Fragen über Bildung, Arbeit bis hin zu Jugend- und Soziales.

97 In Bremen ist seit langem ein Prozess zu verfolgen, der die Stadt entlang der Armutsfrage
98 aufteilt. Dieser zunehmende Zerfall der Stadt in reiche und arme Stadtgebiete ist zu ver-
99 hindern. Die lokale Einkommensverteilung reicht von einem durchschnittlichen Jahres-
100 Einkommen von 101.750 € in Horn bis zu 21.420 € in Steffensweg – der Mittelwert für
101 Bremen: liegt bei 33.381 €. Insgesamt leben 15 % der BremerInnen in privilegiertem und
102 gesichertem Wohlstand. Die Lebenserwartung: differiert um bis zu 8 Jahre (Schwachhau-
103 sen 79,3 bis 84,2 Jahre, Gröpelingen nur 71,5 bis 79,1 Jahren), der Landesdurchschnitt:
104 liegt bei 75,6 Jahre (Männer), 81,5 Jahre (Frauen). Bei Schulkindern sind Übergewicht ,
105 motorische Auffälligkeiten in nicht privilegierten Stadtteilen überproportional nachweisbar.
106 Die Schulabbrecherquoten sind ebenfalls weit höher in den benachteiligten Vierteln. Die
107 soziale Herkunft beeinflusst also die Schullaufbahn, den Bildungsweg und damit die ge-
108 samten Lebensperspektiven. Arbeitslosigkeit ist erwiesenermaßen die Hauptursache für
109 die soziale Ausgrenzung.

110 Stadtentwicklungspolitik hat alle Facetten der jeweiligen Quartiere in den Blick zu nehmen
111 und alle Bereiche ressortübergreifend zusammenzuführen. Der Armuts- und
112 Reichtumsbericht der Stadt Bremen von 2009 hat dazu einen Beitrag geleistet, allerdings
113 bleibt er bis heute ohne Folgen.

114 Die Quartiere brauchen ein intaktes Wohnumfeld, gut ausgestattete Schulen,
115 ausreichende Betreuungsplätze, Ausbildungsangebote, Beratungsstellen und
116 wohnortnahe Beschäftigung. Ein Stadtviertel lebt durch vielfältige Möglichkeiten,
117 heterogene Strukturen, eine breit gefächerte Lebens- und Arbeitskultur, vom
118 Gemüsehändler bis zur Designerwerkstatt. Dies muss gleichberechtigt nebeneinander
119 bestehen können. Und vor allem ist hier ein langfristige Planung und Investition
120 notwendig. Stadtteilentwicklung basiert auf Verlässlichkeit und Vertrauen, wenn sie
121 erfolgreich sein soll. Sozialer Zusammenhalt und stabile Netzwerkstrukturen fallen nicht
122 vom Himmel, sondern entstehen in jahrelanger Arbeit, unermüdlichen Einsatz und
123 vielfachem auch insbesondere unbezahltem Engagement. Eine Stadt kann sich nicht
124 leisten auf dieses Potential an Kraft, Energie und auch Wissen und Kompetenz, vor allem
125 im sozialen Bereich zu verzichten, sondern muss Ressourcen bereit stellen, die auch
126 der Ausbeutung durch Verehrenamtlichung entgegenwirkt.

127 DIE LINKE fordert eine umfassende Bürgerbeteiligung auf Grundlage der vorgenannten
128 Leitlinie. Stadtteilbezogene Sanierungsvorhaben, Maßnahmen für ein gesundes Wohn-
129 umfeld und die Versorgung des Quartiers mit den erforderlichen Dienstleistungs- und
130 Verkehrseinrichtungen werden nur auf Akzeptanz und Identifikation stoßen, wenn sie in
131 einem breiten Beteiligungsverfahren abgestimmt sind. Wichtigster Anspruch aller Sanie-
132 rungs- und Modernisierungsmaßnahmen ist dabei, dass nach Durchführung der Arbeiten
133 die Bewohner in ihrer bisherigen Nachbarschaft weiter wohnen können – d. h. DIE LINKE
134 lehnt jegliche „Komfort-Sanierung“ ab. Bei der Um- und Neugestaltung sowie bei der Er-
135 stellung des künftigen Nutzungskonzepts für das in Teilen frei werdende Klinikum-Mitte-
136 Gelände ist eine umfassende Bürgerbeteiligung sicher zu stellen. Keine „Planungshoheit“
137 für Investoren. Das heißt, die Planung und Durchführung von Programmen und Maßnah-
138 men erfolgt ausschließlich durch die Stadt in enger Abstimmung mit den Beiräten und
139 **nicht** nach den Wünschen beliebiger **Investoren**.. Bei allen Planungen und Umsetzungen
140 von Baumaßnahmen im Wohn- und Verkehrsbereich ist dabei auch besonderes die
141 „Barrierefreiheit“ – eine alters- und behindertengerechte Ausführung – zu garantieren.

142 DIE LINKE lehnt die Einführung sog. „BID's“ (Business Improvement Districts) vehement
143 ab, da hier nur Grundstücks- und Geschäftsinhaber abstimmen können. Durch die Ver-
144 wirklichung von BID wird das Recht der BürgerInnen auf soziale Mitbestimmung zur Ge-
145 staltung ihres Viertels untergraben.

146 Um die Entscheidungsbefugnisse der Stadtteilbeiräte über ihre andauernde Alibifunktion
147 hinaus deutlich anzuheben, fordert Die Linke eine weitergehende Novellierung des
148 Beirätegesetzes. Zielsetzung ist, dass Stadtteilbeiräte als gewählte Vertreterinnen und
149 Vertreter der Bevölkerung in den Stadtteilen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten. Die

150 Beiräte sollen Antragsrecht in der Stadtbürgerschaft erhalten. Voten der Stadtteilbeiräte
151 dürfen nicht ohne Anhörung des Beirats in den zuständigen Deputationen oder in der
152 Stadtbürgerschaft überstimmt oder außer Kraft gesetzt werden können! Das Vetorecht
153 der Beiräte gegenüber Beschlüssen der Bürgerschaft, wenn ihre Belange berührt sind,
154 darf nur nach erneuter Beratung mit einer Zweidrittelmehrheit der Bürgerschaft aufgehoben
155 werden können.

156 Mitsprache setzt voraus, dass es auch wirklich etwas zu entscheiden gibt. Wer in Bremen
157 etwas verändern will, braucht auch Geld. Deshalb ist der Haushalt des Landes das wichtigste
158 Instrument zur Durchsetzung von politischen Entscheidungen. Die Stadtteilbeiräte
159 müssen daher die finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten erhalten, auch aktiv regionale
160 Wirtschaftshilfe zu praktizieren. Ziel ist die Schaffung eines „**Bürgerhaushalts**“ auf
161 **Stadtteilebene** (nach dem Vorbild von z. B. Berlin Lichtenfelde). Die BürgerInnen entscheiden
162 selber und demokratisch über die Investitionen in ihrem Stadtteil. So wird der
163 wichtigste Bereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – die Haushaltspolitik –
164 für die gesellschaftliche Teilhabe erschlossen und kommunalpolitische Entscheidungen
165 werden transparent.

166 DIE LINKE. tritt für größtmögliche Transparenz und eine nachhaltige Demokratisierung in
167 der Arbeitsweise der Beiräte ein. Die Bürger eines Stadtteils wählen direkt einen / eine
168 Stadtteilbürgermeister / in. Sie / er leitet die Sitzungen des Beirates und vertritt ihn nach
169 außen. Die StadtteilbürgermeisterInnen üben eine fachlich beratende Funktion aus, sie
170 haben die Umsetzung der Beiratsbeschlüsse einzuleiten und zu kontrollieren. Die derzeitige
171 Zentralisierung von Dienstleistung, Bürgerberatung und Verwaltung ist aufzugeben –
172 Dezentralisierung schafft Bürgernähe und lebensfähige Stadtteile!

173 **Die ökologischen Potenziale erhalten – nachhaltiger sozialer Umbau**

174 Das Gebot des „geringsten Eingriffs“ ist bei jeder Planung zu berücksichtigen, das heißt:
175 **Realisierung im Bestand** hat Vorrang. Die Stadt muss in ihrer Ausdehnung begrenzt
176 bleiben. Jeglicher „Flächenfraß“ - ob für eine neue Gewerbeansiedlung, Wohnungs- oder
177 Straßenbau – ist abzulehnen.

178 Öffentliches Grün ist nicht eine Art Ersatz für Gebautes. Nach dem Grundsatz, dass grüne
179 Wohlfühl-Oasen, in denen man sich gerne aufhält, nicht nur die städtische Lebensqualität,
180 sondern auch die Stadtluft, das Klima verbessern. Parkanlagen, Spielplätze, Bürgergärten
181 und andere Gelegenheiten zum Ausruhen und Flanieren bieten sowohl den Menschen als
182 auch der Natur Plätze zur Erholung – Ökologie für Mensch, Tier und Natur. Auf diese
183 Weise entstehen offenere, weniger dicht bebaute und stärker garten- und landschaftsbe-
184 zogene Stadtquartiere. In diesem Sinn muss bei jedem Grundstück gemeinsam mit dem
185 Beirat, der Bevölkerung überlegt werden, ob eine Bebauung den künftigen Vorstellungen
186 vom Wohnen entspricht oder lieber eine gewachsene Grünfläche erhalten bleibt. Die
187 Neuanlage bzw. Unterhaltung von Grünzonen darf nicht nur auf die City beschränkt
188 bleiben - auch in den einzelnen Stadtteilen ist eine konsequente "Aufforstung" zu betreiben.

189 DIE LINKE lehnt die Errichtung weiterer Verbrauchermärkte ab. Der Ansiedelung von
190 Klein- und Dienstleistungsbetrieben sowie Einzelhandelsgeschäften in den einzelnen
191 Stadtteilen ist absolute Priorität einzuräumen. Von daher sollten Wohnen und Arbeiten
192 verträglich gemischt sein, so werden öffentliche Räume eher belebt, als dort, wo nur ge-
193 schlafen oder nur gearbeitet wird. In den Stadtteilen sind Begegnungsstätten ohne Kon-
194 sumzwang einzurichten, bzw. zu erhalten – das gemeinsame Gespräch fördert die Integ-
195 ration! In diesem Zusammenhang fordern wir eine deutlich bessere finanzielle Planungs-
196 sicherheit für alle Bürgerhäuser.

197 Bremen muss der Realität, eine **Stadt am Fluss** zu sein, stärker Rechnung tragen, hierzu
198 muss das Konzept „Stadt am Fluss“ in der Stadtentwicklungsplanung mehr Berücksichti-
199 gung finden. Bei der Erschließung von Flächen in der „Überseestadt“ sind neben Büro-

200 und Dienstleistungsansiedlungen auch alternative Wohnformen – z. B. generationsüber-
201 greifendes und bezahlbares Wohnen – zu realisieren. Kleine Geschäfte, Cafés und die
202 Neuanlage von weiteren Grünzonen mit Spielplätzen sind einzuplanen.

203 Bremen ist gefordert, Förderprogramme zur ökologischen Modernisierung und Lückenbe-
204 bauung fortzuschreiben bzw. aufzustocken, bevor neue Baugebiete erschlossen werden.
205 Stadtteile, in denen sich unterschiedliche Nutzungsarten erhalten haben, sind in ihrer Viel-
206 falt zu unterstützen. Reine Wohngebiete, insbesondere die Neubaugebiete am Stadtrand,
207 sind durch Ansiedlung quaternaher, nicht störender Handwerks- und Dienstleistungsbe-
208 triebe, die Schaffung kultureller Angebote und die Einrichtung von Kommunikations- und
209 Grünanlagen in Mischgebiete umzugestalten. Die infrastrukturelle Versorgung aller Stadt-
210 teile inklusive von Bremen-Nord ist den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen ent-
211 sprechend auszubauen, der sozialen „Entmischung“ und Spaltung der Stadt ist entschie-
212 den entgegenzutreten.

213 Bei dem „Stadtumbau“ bietet sich die Arbeitsweise der WIN-Programme (Wohnen in
214 Nachbarschaft) – Konsensprinzip, stimmberechtigt ist jede/r Einwohner/in des Stadtteils –
215 an. DIE LINKE wendet sich entschieden gegen jegliche Kürzung bei der Städtebauförde-
216 rung, da mit diesen Geldern lokale Programme wie WiN finanziert werden. das mit seinen
217 vielfältigen Projekten Folgen von sozialer Spaltung und Armut in den Stadtteilen entge-
218 genwirkt. In besonderem Maße wären Projekte im Bildungs- und Integrationsbereich be-
219 troffen, die die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe der Bewohnerinnen und Be-
220 wohner sind und damit die Lebens- und Wohnqualität in den Quartieren erhöhen.

221 In Bremen werden bestimmte Quartiere oder Problemgebiete jeweils ein paar Jahre
222 gefördert, wenn sich bestimmte Indikatoren leicht verbessern, sinkt die Förderungsrate
223 und der „Geldsegen“ zieht weiter. Dies erzeugt im Ergebnis eine reine Abwärtsspirale

224 Die Bedingungen werden schlechter, da der Förderungsfluss parallel zur Motivation der
225 Menschen vor Ort kontinuierlich abnimmt.

226 Dieser Prozess führt eindeutig zu einer Entsolidarisierung der Bevölkerung, die Vertrauen
227 in die Entscheidungsträger und in die Strukturen verliert. Hinzu kommt, dass die
228 Menschen nicht oder nur marginal an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden und
229 es gibt zu wenig Einflussmöglichkeiten, um auf die Situation vor Ort einwirken zu können.

230 Die ansteigende Zahl bei der Gruppe der NichtwählerInnen ist u.a. die Folge.
231 Desinteresse und Gleichgültigkeit gewinnen die Oberhand, dies ist destruktiv und einer
232 lebendigen sozial ausgeglichenen Stadtkultur abträglich.

233 DIE LINKE fordert eine nachhaltige Stadtteilpolitik, der sozialen Verantwortung :

234 - Partizipation von Stadtteilgremien stärken, d. h. Integrationsarbeit, die dem
235 NichtwählerInnenverhalten entgegenwirkt;

236 - Kinder- Jugendeinrichtungen sind qualitativ und quantitativ zu stärken;

237 - Quartiersbezogene Beratungsstellen aufrecht erhalten und erweitern,

238 - Kürzungen der Soziale Stadtmittel im investiven Bereich müssen ausgeglichen
239 werden,

240 - Ausbau geförderter Beschäftigung mit existenzsichernden Löhnen in den Quartieren.

241 Die Mittel für die WIN-Gebiete sind im Gegenteil deutlich aufzustocken, das Auslaufen der
242 Förderung darf nicht vor einer deutlichen Stabilisierung der sozialen Indikatoren der ent-
243 sprechenden Stadtteile erfolgen. DIE LINKE kritisiert in diesem Zusammenhang ener-
244 gisch die Tendenz, dass der Staat sich zunehmend seiner „Regelaufgaben“ entzieht.
245 WIN-Mittel dürfen nicht für z. B. die ordentliche Ausstattung von Kinder- und Jugendein-
246 richtungen oder Schulen herhalten müssen.

247

248 DIE LINKE verurteilt die zunehmenden Bestrebungen einer „Verehrenamtlichung“. Nicht
249 die Existenz der „Bremer Tafel“ ist falsch, vielmehr sind es die entwürdigenden und
250 skandalösen sozialen Umstände (die Hartz IV-Gesetze, Langzeitduldungen von Asylbe-
251 werbern, Altersarmut etc.) , die sie erforderlich machen..

252 Bremische Stadtentwicklung - als Teil Bremischer Landespolitik - kann nur dann zum Er-
253 folg für die Menschen und die Wirtschaft werden, wenn sie als regionale Entwicklungspoli-
254 tik praktiziert wird. Es ist höchste Zeit, die „Gemeinsame Landesplanung Bremen / Nie-
255 dersachsen“ wieder stärker zu beleben, um so die schädliche Standortkonkurrenz mit den
256 umgebenden Kommunen zu überwinden.

257 Eine **Neuordnung des Bodenrechts** ist eine langfristige Aufgabe. Grund und Boden sind
258 nicht vermehrbar. Da über den Bodenpreis bis zu 50% der Preis von Wohnen bestimmt
259 wird, sind Stadt und Land Bremen gefordert, entsprechende Reformvorschläge zu erar-
260 beiten und als Gesetzesvorlage im Bundesrat einzubringen. Ziel und Grundzug eines
261 neuen Bodenrechtes wäre die Feststellung, dass **Grund und Boden unverkäuflich** sind.
262 Eine Übertragung von Grund und Boden erfolgt kaufpreislos! Grund und Boden werden in
263 Gesellschaftseigentum überführt. Es werden nur Nutzungsrechte vergeben. Nicht davon
264 berührt bliebe die Käuflichkeit der Bebauung. Die Wirkung käme einem Einfrieren der Bo-
265 denpreise gleich.

266 DIE LINKE lehnt eine weitere Weservertiefung entschieden ab. Gravierende Beeinträchti-
267 gungen des Flussökosystems und des Weltnaturerbes Wattenmeer sowie Risiken für die
268 Deichsicherheit und die Landwirtschaft wie auch fatale Folgen für Flora und Fauna in den
269 Marschen sind nicht in Kauf zu nehmen, um geringfügige Erleichterungen für wenige Su-
270 perschiffe zu erreichen. Die Alternative ist der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven als
271 Tiefwasserhafen. Den Bau eines neuen Schwerlasthafens für Offshore Windanlagen auf /
272 an der Luneplate, einem Vogelschutz- und FFH Gebiet, lehnen wir ab. Wir fordern, den
273 CT 1 langfristig dafür zu nutzen und nicht nur als Übergangslösung.

274 **Bremen - Stadt der alternativen Energien**

275 Der jüngste Klimabericht des Alfred Wegner Instituts hat uns allen verdeutlicht, dass drin-
276 gend Maßnahmen zum Klimaschutz auf allen Ebenen benötigt werden. Auch Bremen
277 kann dazu seinen Beitrag leisten. Der Energieverbrauch und die Umweltbelastung können
278 durch gezielte Förderung von geeigneten Energiesparprogrammen auf Kommunal- und
279 Landes Ebene vermindert werden.

280 Energieeinsparpotentiale liegen nicht nur in der energetischen Modernisierung der vor-
281 handenen Gebäudebestände, sondern auch in der Umstellung der Energiewirtschaft auf
282 dezentrale und erneuerbare Energiegewinnung. Und nicht zuletzt ist das Einsparen von
283 Energie immer noch billiger als das Nutzen regenerativer Energiequellen. Bereits jetzt
284 sind solche technischen Systeme denk- und realisierbar, mit deren Hilfe direkt vor Ort
285 Energie gewonnen und dem lokalen oder regionalen Verbrauch zugeführt werden kann.

286 Energieeinsparung und Umstieg auf erneuerbare Energiequellen jetzt! Aus diesem Grund
287 lehnen wir jeglichen Neubau eines Kohlekraftwerkes ab. Wir wollen keine Müllheizkraft-
288 werke in Wohngebieten, sonder deren sofortigen Rückbau – ebenso lehnen wir ein Atom-
289 kraftwerk ab, wir fordern den umgehenden Ausstieg aus der AKW-Nutzung ! Wir befürwor-
290 ten die Einrichtung kleiner Blockeinheiten im Rahmen des ökologischen Stadtumbaus.
291 DIE LINKE fordert die Rekommunalisierung von SWB und Hanse Wasser.

292

293 **Preiswertes und sicheres Wohnen ist ein Menschenrecht**

294 Der kommunale Wohnungsbau ist praktisch zum Erliegen gekommen: Die von der
295 schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Kürzungen und Einsparungen gefährden zu-
296 dem das niedrige Niveau der Bremer Wohnungskonzeption ab 2011-15. Der Sozialwoh-
297 nungsbestand geht zurück, die ehemals städtische Wohnungsbaugesellschaften Breimi-
298 sche Gesellschaft wurde ganz privatisiert und befindet sich wie die GAGFAH in der Hand
299 von Spekulanten mit drastischen sozialen Folgen für die Mieter. Wir sind der Meinung:
300 Der öffentliche Einfluss auf die Wohnungswirtschaft darf nicht weiter sinken, im Gegenteil
301 - er muss ausgebaut werden.

302 DIE LINKE. fordert daher: Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind nachhaltig
303 aufzustocken, dabei ist der Bedarf an mietgünstigen Wohnungen und deren Größe
304 ausgehend von einer Analyse der Einkommensverhältnisse vorausschauend zu
305 bestimmen. Das vorliegende GEWOS-Gutachten wird in diesem Zusammenhang als
306 ungenügend abgelehnt, da hier überwiegend nur mittlere und höhere
307 Einkommensverhältnisse zu Grunde gelegt wurden. Durch die Förderung sollen
308 vorrangig langfristige Sozialbindungen der Wohneinheiten entstehen. Die Förderung des
309 sozialen Wohnungsbaus schließt die finanzielle Förderung genossenschaftlicher und
310 kooperativer Formen der Selbstverwaltung und Selbsthilfe beim Wohnungsneubau mit
311 ein.

312 Die Möglichkeiten zur Mieterhöhungen ohne vorliegende Sanierungen müssen generell
313 auf die allgemeine Preissteigerungsrate beschränkt bleiben. Die Mitbestimmungsrechte
314 der Mieterinnen und Mieter müssen ausgebaut werden.

315 Angesichts der Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Mietrechts erklärt DIE
316 LINKE: "Den Herausforderungen des Klimaschutzes auf Kosten der Mieter zu begegnen,
317 ist unsozial und ungerecht". Klimaschutz und energetische Gebäudesanierung sind wich-
318 tige gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die Kosten dafür dürfen nicht einseitig auf die
319 Mieter abgewälzt werden. Energetische Gebäudesanierung muss sozial verträglich ge-
320 staltet werden, Härtegründe der Mieter müssen berücksichtigt werden. Das erfordert ein
321 langfristiges und verlässliches staatliches Investitionsprogramm, so dass die Lasten der
322 Sanierung gleichmäßig verteilt werden.

323 Obdachlose haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung. DIE LINKE fordert die
324 Auflösung entwürdigender Notunterkünfte. Eine Wohnungsräumung auf die Straße, also
325 in die Obdachlosigkeit, muss in jedem Fall kategorisch ausgeschlossen sein. Entspre-
326 chende gesetzliche Regelungen sind vorzunehmen.

327 **Hier will ich sein und bleiben - Bremen als wohnliche Stadt erhalten !**

328 DIE LINKE lehnt die Privatisierung von im Stadtbesitz befindlichen Grundstücken, Häu-
329 sern oder Wohnungen ab. In Sanierungsgebieten ist der kommunale Eigentumsanteil zu
330 erhöhen, die rechtlichen Übernahme- und Enteignungsmöglichkeiten sind voll zu nutzen.
331 In gewachsenen Vierteln ist die Verbesserung der Ausstattung vorhandener Wohnungen
332 voranzutreiben. Dabei ist unbedingt auf Komfortsanierungen zu verzichten. Modernisie-
333 rungen mit staatlichen Mitteln dürfen nicht zu Mieterhöhungen führen. Der Spekulation mit
334 dem Leerstand von Wohnungen oder Ladenlokalen muss endlich energisch begegnet
335 werden. DIE LINKE. fordert daher die Abschaffung jeglicher steuerlichen Absetzungsmög-
336 lichkeiten bei Leerstand.

337 DIE LINKE tritt entschieden der Mär von der Haushaltskonsolidierung durch den Verkauf
338 von kommunalem Wohneigentum entgegen. Der Verkauf der GEWOBA leistet **keinen**
339 Beitrag zur nachhaltigen Stabilitisierung, im Gegenteil, er würde langfristige Folgekosten
340 produzieren. Die Stadt erfährt finanzielle Spielräume, wenn kommunale Wohnungsunter-
341 nehmen der Kommune Aufgaben abnehmen. Es ist daher Sorge dafür zu tragen, dass

342 der notwendige Bestand an kommunalen Wohnungen, der für eine sichere soziale Woh-
343 nungsversorgung notwendig ist, erhalten bleibt. Kommunales Wohneigentum darf nicht
344 als Manövriermasse zur Schuldentilgung missbraucht werden. Es hat besonders auch
345 unter veränderten sozialen Bedingungen eine wichtige Funktion für die Sicherung der
346 Wohnungsversorgung, für bezahlbare Mieten und die soziale Stabilisierung der Wohn-
347 quartiere. Wir fordern daher : Wohnumfeldverbesserung sind zu fördern und zu unterstüt-
348 zen, d. h. die GEWOBA nicht nur zu erhalten, sondern besonders auch den Rückkauf von
349 Wohnblöcken zu forcieren

350 Stadtplaner und Architekten sind gefordert, zukunftsweisende Baukonzepte zu entwi-
351 ckeln. Die Ergebnisse des Wettbewerbs „Bremer Haus“ von 1981 sind mit einzubeziehen,
352 sowie eine Wiederaufnahme des Projektes „Wohnen ohne Auto“.

353 Die fortschreitende Privatisierung von öffentlichem Eigentum und damit die Ab-
354 nahme von öffentlichen Eingriffsmöglichkeiten lehnen wir ab. Wir wollen die **Be-**
355 **wahrung von Gemeineigentum** und seine Ausweitung, wo dies sinnvoll ist. DIE
356 LINKE plädiert dafür, zum Projekt ‚Bahnhofsvorplatz‘ eine Zukunftswerkstatt ein-
357 zuberufen, an der sich Stadtplaner, Beiräte, Bürgerinnen und Bürger sowie sonsti-
358 ge Interessierte beteiligen. Nicht Investoren dürfen bestimmen, sondern das Bau-
359 ressort muss zur Neugestaltung des Platzes ein öffentliches Beteiligungsverfahren
360 einleiten. In anderen Fällen unterstützen wir den Übergang bisher staatlichen Ei-
361 gentums in die Verfügung vieler Träger, die sich zugleich auf wirtschaftlich effizien-
362 te, sozial und ökologisch orientierte Weise zusammenschließen. Ihre demokrati-
363 sche Verfügungsmacht ist durch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen zu stär-
364 ken. Wir treten für die Stärkung von genossenschaftlichem Eigentum ein. Beides
365 sind progressive Schritte der Entbürokratisierung hin zu tatsächlicher Vergesell-
366 schaftung.

367 Bremen braucht die **Einführung einer kommunalen Wohnungsvermittlung**. Alle Woh-
368 nungen, die mit Mitteln des Wohnraumförderprogramms gebaut werden, sind spätestens
369 drei Monate vor Neuvermietung der Vermittlungsstelle anzubieten. Für Bremen ist endlich
370 ein Mietspiegel zu erstellen.

371 Bremen muss den sozialen Wohnungsbau fördern und dabei auf eine energiesparende
372 Bauweise ebenso setzen wie auf die Belange alter und behinderter Menschen. Bei öf-
373 fentlichen Planungsvorhaben muss grundsätzlich der Landes Behinderten Beauftragte
374 und die bremische Behindertenverbände als Träger öffentlicher Belange beteiligt werden.
375 Es darf nicht sein, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen bei Neu - und
376 Umbauten von Gebäuden und Verkehrsflächen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

377 **Gestaltung des öffentlichen Raums unter Geschlechteraspekten**

378 Bei der Umgestaltung und den jeweiligen Bauvorhaben in den Stadtteilen ist auch die
379 Nutzung des öffentlichen Raum unter geschlechtsspezifischen Bedingungen zu
380 bedenken. Das reicht von familiengerecht gestalteten Parkanlagen, einer Weggestaltung,
381 die Kinderwagen berücksichtigt bis zu ausreichender Beleuchtung auf Plätzen, in
382 Tunneln, Unterführungen oder auch sonstigen Fußgängerwegen. Hier ist nicht nur die
383 gesteigerte Attraktivität und Nützlichkeit ein wesentlicher Aspekt, sondern auch die
384 Vermittlung von Sicherheit, wenn frau sich in der Stadt bewegt. Der öffentliche Raum
385 muss Hemmschwellen und Gefahrenzonen berücksichtigen und abbauen. Auch das ist
386 ein Beitrag um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten.

387 DIE LINKE fordert ein Angebot von Zufluchtwohnungen für aktiv von Drogen abhängige
388 Frauen. Drogenabhängige Frauen sind in hohem Maß von Gewalt betroffen.

389 **Die „Auto - freundliche Stadt“ ist von gestern , Verkehrswende jetzt !**

390 Neue Kriterien in der Stadtplanung müssen der Ausbau der schienengebundenen Trans-
391 portmittel sowohl im öffentlichen Personennahverkehr als auch beim Transport von Gü-
392 tern und Produkten sein. Die Wege, die wir täglich in unserer Stadt zurücklegen, sind zu-
393 nehmend länger geworden. Unter dem fatalen Aspekt der funktionalen Entmischung war
394 Stadtplanung viel zulange eine Autostraßenplanung.

395 Durch das Vermeiden zu langer Transportketten und zu großer Individualverkehre wie
396 auch durch eine neue Generation von Transportmitteln auf der Basis erneuerbarer und
397 effizienteren Verbrauchs wird die Umwelt nachhaltig entlastet. Das ist eine der wichtigsten
398 Zukunftsaufgaben.

399 Das Auto darf nicht mehr im Mittelpunkt der Verkehrsplanung stehen. Die Stadt der kur-
400 zen Wege vermeidet Individualverkehre und fördert umweltschonende Fortbewegungen
401 wie das Fahrradfahren und das zu Fuß gehen – die ursprünglichste, natürlichste und ge-
402 sundeste aller menschlichen Fortbewegungsarten. Der Fahrradverkehr braucht einen ei-
403 genen Haushalt, um ihn aus der Rolle des Almosenempfängers zu befreien. Wir fordern
404 die umgehende Sanierung der - erforderlichen - Radwege im Sinne der Umsetzung der
405 StVO. Die Einrichtung eines Radschnellwegenetzes - d.h. von gut befestigten Routen, die
406 gradlinig alle Stadtteile verbinden und auf denen RadfahrerInnen Vorfahrt vor Krafffahr-
407 zeugen haben. Mehr sichere, kostenlose Fahrradunterstände – Bike and Ride sowie „Call
408 a Bike“. Die Verkehrsentwicklung zeigt, dass die Stadt an ihre ökologischen Grenzen
409 stößt. Fast regelmäßige Überschreitungen der Luft- und Feinstaubgrenzwerte erfordern
410 ein radikales Umdenken und Handeln : **Keine Diagonalverkehre durch die Stadt !**

411 DIE LINKE. unterstützt die beiden Hauptziele für den Bau der A 281 als Autobahnring um
412 Bremen herum:

413 - Verbesserte Verkehrsanbindung der bremischen Wirtschaftszentren

414 - Verkehrsentlastung für bremische Wohngebiete.

415 Diese Ziele sind nur durch eine abgestimmte Gesamtplanung der Bauabschnitte 2.2 zum
416 Zubringer Arsten und Bauabschnitt 5/B6n zur A I bei Brinkum zu erreichen.

417 Wir fordern eine schnellstmögliche vierspurige und ampelfreie Anbindung des im Januar
418 2008 frei gegeben Bauabschnitts 2. I der A 281 an den Zubringer Arsten und an die A I
419 Richtung Hamburg und Hannover durch den Bau der schon im Jahr 2002 planfestgestell-
420 ten vierspurigen Auf- und Abfahrt am Neuenlander Ring.

421 Eine Verkehrsführung auf mehreren Ebenen vor dem Wohngebiet Huckelriede und eine
422 Querspange als vorübergehende zusätzliche Abfahrt auf die Kattenturmer Heerstraße
423 lehnen wir ab, sowohl als Teil der A 281 als auch zur Baustellenerschließung oder Bau-
424 stellenumfahrung. Der geplante „Monsterknoten“ vor Huckelriede ist zu streichen. Auf den
425 geplanten Abriss des historischen Hofes Neuenlander Straße 131 und die Teilenteignung
426 des parkähnlichen Anwesens Neuenlander Straße 121 ist zu verzichten.

427 Wir unterstützen die vom Runden Tisch im Juni 2009 auf der Grundlage umfassender
428 Untersuchungen vorgelegte Bremer Vorzugsvariante für einen Bauabschnitt 5/B6n vom
429 Hornbach-Gelände aus unter der Erweiterung der Start- und Landebahn des Flughafens
430 hindurch, abseits des Wohngebietes und der Kleingärten der Wolfskuhle zur A I nach
431 Brinkum. Wir fordern den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa und die
432 Planungsgesellschaft DEGES auf, diese Variante mit aller Kraft gegenüber dem
433 Bundesverkehrsministerium zu vertreten und durchzusetzen. Dabei ist auch zu
434 verhandeln, beim Bauabschnitt 2.2 eingesparte Mittel für den Bauabschnitt 5 verwenden
435 zu können.

436 DIE LINKE fordert für die Realisierung des Wesertunnels bei der Wahl des geeigneten
437 Bauverfahrens (Bohr-, Segment-, Trogbau) nicht allein der preisgünstigen Methode den
438 Zuschlag zu erteilen, sondern vielmehr dem Prinzip der Nachhaltigkeit und dem Schutz
439 der Seehauser Bevölkerung den Vorrang mit dem Ziel zu geben, die Rampenausfahrt so
440 weit wie möglich von der Bebauung entfernt zu realisieren.

441 DIE LINKE fordert zugleich mit der Fertigstellung des Ringschlusses durch die A 281 pa-
442 rallel den **Abriss der Hochstraße oberhalb des Breitenwegs** einzuleiten. Einhergehend
443 mit dem Abriss muss das Verkehrskonzept der Innenstadt komplett überarbeitet werden,
444 Ziel ist eine konsequente Sperrung für den Durchgangsverkehr. DIE LINKE fordert zudem
445 eine städtebauliche **Weiterentwicklung der gesamten Bahnhofsvorstadt** unter Beteili-
446 gung der Bevölkerung.

447 Wir benötigen eine Stadt- und Verkehrsplanung, die nicht in erster Linie Profitinteressen
448 großer Supermarktketten oder Gewerbetribs auf der grünen Wiese im Auge hat, sondern
449 sich an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen ausrichtet. Dazu gehören kurze
450 Wege zu Einkauf, Arbeitsplatz, Kulturangebot oder Erholung. Das bedeutet : Verkehr
451 vermeiden, verkürzen, verlagern! Die Planung muss ökologische und ökonomische Krite-
452 rien miteinbeziehen. Das heißt, die Stadtteile müssen wieder mit Leben erfüllt werden.
453 Fußgänger und Radfahrer müssen an Ampeln gegenüber Autos Bevorzugung genießen.

454 DIE LINKE fordert die Erarbeitung eines **Generalverkehrsplans**, in dem der Öffentliche
455 Personennahverkehr (ÖPNV) absoluten Vorrang hat, mit dem Ziel, den motorisierten Indi-
456 vidualverkehr (MIV) zurückzudrängen. Wir setzen uns für flächendeckende Tempo-30-
457 Zonen in den Wohnstraßen der Stadtteile ein. Bei der Erschließung neuer Wohnbauflä-
458 chen muss die Anbindung an den ÖPNV Vorrang haben. Die Außenbezirke müssen –
459 durch Ausbau von Ringstrecken – noch besser an den ÖPNV angeschlossen werden.

460 Wir wollen die Attraktivität des ÖPNV steigern: **Keine weitere Tarifierhöhungen** der Nah-
461 verkehrspreise, sondern mittelfristige Senkung mit dem Ziel des Einfrierens. Wir fordern
462 die sofortige Rücknahme des Nachtzuschlags sowie die Einführung eines „**Sozialtickets**“
463 zur Benutzung des ÖPNV, das diesen Namen auch verdient – es muss auch im VBN-
464 Tarifgebiet gelten, um die S-Bahnbenutzung zu ermöglichen.

465 Nordbremer können an vielen Angeboten in der Stadt nicht teilhaben bzw. nur unter grö-
466 ßeren Schwierigkeiten. Wir können die Entfernungen nicht ändern - aber die Tarife. Es
467 geht nicht an, dass die Nordbremer viel mehr bezahlen, um mit dem ÖPNV in die Innen-
468 stadt zu kommen, als z. B. Menschen aus Mahndorf oder der Neustadt. DIE LINKE for-
469 dert: Eine Stadt - Ein Tarif !

470 Der ÖPNV muss besser – vor allem mit dem Umland, dies gilt ganz besonders auch für
471 Bremen-Nord - vertaktet werden. Das heißt : Er muss eine **regionale** Komponente be-
472 kommen. Es darf nicht sein, dass die Menschen in Bremen-Nord für den Weg zur Arbeit
473 oder in's direkte Umland zwingend auf das Auto angewiesen sind !

474 Die Linke hat sich bundesweit gegen das die Einstellung der InterRegio-Strecken ge-
475 stemmt. Bremen und Bremerhaven sind davon besonders betroffen. Unser Standpunkt ist
476 weiterhin, dass die InterRegio-Verbindungen als wichtiges Bindeglied zwischen Nah- und
477 Fernverkehr wieder eingeführt und ausgebaut werden müssen. Die Planungen zur Um-
478 setzung des ökonomisch und verkehrspolitisch unsinnigen Prestige Projektes, der sog. Y-
479 Trasse sind unverzüglich einzustellen; stattdessen sind die frei werdenden Planungsmittel
480 für den Ausbau der Anbindung des Jade-Weser-Ports von Wilhelmshaven / Sande / Ol-
481 denburg / Cloppenburg nach Osnabrück zu nutzen.

482 Um das Privatauto mit dem Ziel gesünderer Lebensqualität zurückzudrängen und einen
483 Umstieg auf Bus und Bahn zu erreichen, gibt es die Möglichkeit, das Autofahren zuguns-
484 ten des ÖPNV zu verteuern. DIE LINKE schlägt daher die Schaffung der **autoarmen In-
485 nenstadt** vor. Dies könnte man über das sogenannte "Fahrscheinmodell" erreichen. Nach
486 diesem Modell ist das Befahren eines näher zu definierenden Bereiches der Stadt (Innen-
487 stadt) nur gestattet, wenn die Fahrerinnen im Besitz eines Fahrscheins / Plakette der
488 BSAG sind. Das „Fahrscheinmodell“ hat deutliche Vorteile. Durch die "Janusköpfigkeit"
489 der Plakette (Berechtigung zur Straßenbenutzung und zur Nutzung des ÖPNV) handelt es
490 sich um ein flexibles Instrument, das grundsätzlich die Wahl des Verkehrsmittels freistellt.